

- 3 **Künstliche Intelligenz** Noch kein abrupter Wandel der Arbeitswelt
- 4 **Demokratie** Wer BSW gewählt hat
- 5 **Vereinbarkeit** Schwierig mit Schicht
- 6 **Rente** Einschnitte schaden allen Generationen
- 7 **Krankenhäuser** Zu viel Pflegepersonal?

WOHLSTAND

Bedingt nachhaltig

Der IMK-Check zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lage: Krisen bremsen den Fortschritt. Umso wichtiger sind Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz.

Kriege, Energiekrise und geopolitische Spannungen haben einen Anstieg des Wohlstands – nicht nur der Wirtschaftsleistung im engeren Sinn – in den vergangenen Jahren weitgehend verhindert. Das ergibt eine neue Studie, die das IMK gefördert hat. Eine „Stärkung wirtschaftlicher Resilienz sowie eine vorausschauende und flexible Wirtschaftspolitik“ sind für die Zukunft entscheidend, schreiben Fabian Lindner von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Technik und Anita Tiefensee von der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin. Anhand von 16 zentralen Indikatoren haben sie den Stand der ökonomischen, finanzpolitischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit dokumentiert. Ihrer Auswertung zufolge konnten in den Jahren 2020 bis 2025 „nur die wenigsten Nachhaltigkeitsziele in Wirtschaft, Staat, Sozialem und Ökologie erreicht werden“ – konkret vier von 16. So ist etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf leicht gesunken. Die Armutsrisikoquote zeigt einen leichten, aber stetigen Rückgang, liegt aber weiter deutlich über dem Zielwert. Die Einkommensungleichheit hat zugenommen. Die öffentliche Investitionsquote war trotz einiger Verbesserungen weiterhin zu niedrig. Bei der ökologischen Nachhaltigkeit ist in den Krisenjahren zwar das zentrale Ziel der Reduktion von Treibhausgasen erreicht worden. Allerdings sind die Emissionen zu großen Teilen krisenbedingt und durch temporäre Sonderfaktoren gesunken. Immerhin sind die Beschäftigungsziele gesamtwirtschaftlich noch bis 2025 „trotz der Krisen übererfüllt“ worden.

Lindner und Tiefensee zeichnen insgesamt ein recht durchwachsendes Lagebild. Sie räumen allerdings ein: „Gesellschaft und Wirtschaft stehen seit 2020 nahezu kontinuierlich unter erheblichem Druck, und die Herausforderungen für die Regierungen sind entsprechend groß. Dennoch ist es der Politik bis 2023 insgesamt gelungen, angemessen auf die Krisen zu reagieren. Staatliche Eingriffe zur Stabilisierung von Einkommen, Beschäftigung und Unternehmen haben wesentlich dazu beigetragen, die negativen Auswirkungen auf materiellen Wohlstand und soziale Nachhaltigkeit abzufedern.“ Mit dem Auslaufen akuter Kriseninterventionen > > >

Viele Ziele verfehlt

Erreicht oder nicht erreicht hat Deutschland das Nachhaltigkeitsziel ...

WIRTSCHAFTSWACHSTUM PRO KOPF	X
KONSUM PRO KOPF	X
INFLATION	X
LEISTUNGSBILANZSALDO	✓
ERWERBSTÄTIGENQUOTE	✓
FINANZIERUNGSSALDO DES STAATES	✓
GESAMTVERSCHULDUNG DES STAATES	X
STAATLICHE NETTOINVESTITIONEN	X
ARMUTSGEFÄHRDUNGSQUOTE	X
EINKOMMENSABSTAND ZWISCHEN ARM UND REICH	X
GENDER PAY GAP	X
JUNGE MENSCHEN OHNE AUSBILDUNG	X
TREIBHAUSGASEMISSIONEN	✓
PRIMÄRENERGIEVERBRAUCH	X
ANTEIL DER ERNEUERBAREN ENERGIEEN	X
ARTENVIELFALT	X



DAS NEUE MAGISCHE VIERECK

Der IMK-Nachhaltigkeits-Check folgt dem Modell des „Neuen Magischen Vierecks“, das die etablierten Zieldimensionen der Wirtschaftspolitik für das 21. Jahrhundert aktualisiert. Traditionell geht es um hohe Beschäftigung, stabile Preise, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum. In Zeiten von Klimawandel und steigender Einkommensungleichheit reicht eine Ausrichtung auf rein ökonomische Ziele jedoch nicht mehr aus. Das Neue Magische Viereck greift mit verschiedenen Zielwerten Anforderungen auf, auf die sich die Bundesregierung etwa im Rahmen des Aktionsplans zur europäischen Säule sozialer Rechte, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, der Erneuerbare-Energien-Richtlinien der EU oder dem Klimaschutzgesetz selbst festgelegt hat, und ergänzt sie um weitere wichtige Nachhaltigkeitsziele. Seit 2012 wurde der Check mehrmals durchgeführt. <

– und dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Finanzpolitik vom Herbst 2023 – habe sich der finanzpolitische Schwerpunkt dann Richtung Konsolidierung verschoben, was die gesamtwirtschaftliche Dynamik gedämpft und die Ampelkoalition bis zu ihrem Ende belastet habe. Die vorläufige Reform der Schuldenbremse zu Beginn der Regierungskoalition aus Union und SPD im Frühjahr 2025 ermögliche künftig mehr dringend notwendige Investitionen, vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Klimaschutz. Doch nahezu zeitgleich verschlechterten sich die internationalen Rahmenbedingungen durch US-Zölle, verstärkten Konkurrenzdruck infolge der chinesischen Industriepolitik und zuletzt den neuen Energiepreisschock, ausgelöst vom arabisch-israelischen Krieg gegen den Iran.

Damit Deutschland in Sachen Nachhaltigkeit wieder Tritt fasst, muss „unter anderem das Sondervermögen stärker für zusätzliche öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz angewendet werden. Damit wirken wir dem Verschleiß an öffentlicher Infrastruktur entgegen und unterstützen die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft“, sagt IMK-Direktor Sebastian Dullien.

► Materieller Wohlstand

Corona-, Energiepreis-, Inflationskrise, Turbulenzen im Welthandel: Die Rahmenbedingungen waren in den vergangenen Jahren alles andere als günstig für eine stabile und nachhaltige Entwicklung. Das BIP pro Kopf lag 2025 immer noch unter dem Niveau von 2019, dem letzten Jahr vor der Coronakrise. Der Konsum pro Kopf hat sich nur wenig besser entwickelt, er lag 2025 3,9 Prozent höher als 2019. Das Inflationsziel von zwei Prozent ist nach den Preissprüngen der Vorjahre wieder näher gerückt, allerdings dürfte der Iran-Krieg den positiven Trend zumindest zeitweilig unterbrechen. Die öffentlichen und privaten Investitionen lagen 2025 um 7,7 Prozent unter dem Stand von 2019.

Lange wurde Deutschland wegen seines hohen Außenhandelsüberschusses kritisiert. Seit 2022 liegt der deutsche

Leistungsbilanzsaldo unter dem EU-Grenzwert von sechs Prozent des BIP. Damit ist ein wirtschaftspolitisches Ziel erfüllt. Allerdings steht dahinter keine wünschenswerte Entwicklung: Der Saldo hat sich nicht deshalb verringert, weil Deutschland als exportstarkes Land den Einnahmeüberschuss nutzt, um mehr aus anderen Ländern zu importieren. Vielmehr sind die Exporte zurückgegangen, weil sich die Absatzchancen verschlechtert haben, etwa durch einen erschwerten Zugang zu wichtigen Märkten wie den USA und China.

Trotz der insgesamt schlechten Lage der deutschen Wirtschaft hat die Erwerbstätigenquote der 20- bis 64-Jährigen nach einem vorübergehenden Einbruch in der Coronakrise stetig zugenommen. 2025 lag sie mit 81,4 Prozent sogar über dem Niveau von 2019. Dies ist Lindner und Tiefensee zufolge „ein großer beschäftigungspolitischer Erfolg“.

► Nachhaltigkeit der Staatstätigkeit

Der Haushaltssaldo ist seit 2020 stetig im Defizit, nachdem zwischen 2013 und 2019 Überschüsse an der Tagesordnung waren. Das Defizit überschritt zwischen 2022 und 2025 jedoch nicht mehr die Obergrenze von drei Prozent des BIP nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Die Schuldenstandquote liegt seit 2020 leicht über 60 Prozent. Die öffentlichen Nettoinvestitionen liegen deutlich unter dem Zielwert von 0,6 Prozent des BIP. Seit 2023, so die Forschenden, zeige sich ein Trend zu höheren öffentlichen Investitionen, „der durch die angekündigten höheren Ausgaben nach der Reform der Schuldenbremse anhalten dürfte“. Angesichts des weiterhin großen Investitionsstaus gebe es hierbei aber keinen Grund zur Entwarnung.

► Soziale Nachhaltigkeit

Die Armutrisikoquote lag laut Daten des Mikrozensus zuletzt bei 16,2 Prozent. Damit überschreitet sie den anvisierten Zielwert von 13,5 Prozent um mehr als zweieinhalb Prozentpunkte. Die verfügbaren Einkommen der einkommensstärksten 20 Prozent der Haushalte überstiegen diejenigen des untersten Fünftels 2024 um das 4,68-Fache. Die Einkommensungleichheit überschreitet damit den angestrebten Zielwert von maximal dem Vierfachen.

Der unbereinigte Verdienstabstand pro Stunde zwischen Frauen und Männern lag im Jahr 2024 bei 16 Prozent. Damit überschreitet der Gender Pay Gap den angestrebten Zielwert von zehn Prozent um sechs Prozentpunkte.

Im Jahr 2024 lag der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Sekundarstufe-II- oder weiteren Ausbildungsabschluss basierend auf Daten des Mikrozensus bei 13,1 Prozent. Auch dies ist eine Zielverfehlung, der Wert liegt um mehr als vier Prozentpunkte über den von der Regierung angestrebten neun Prozent.

► Ökologische Nachhaltigkeit

Deutschland hat kein ökologisches Ziel außer dem – vor allem krisenbedingten – Rückgang der Treibhausgasemissionen erreicht. Der Ausbau der erneuerbaren Energien geht voran, doch zu langsam, sodass der Zielpfad, der sich aus den entsprechenden europäischen Zielen ergibt, verfehlt worden ist. Die Artenvielfalt stagniert. <

Quelle: Fabian Lindner, Anita Tiefensee: Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik – Stagnation geht weiter – Herausforderungen steigen, IMK Study Nr. 105, Mai 2026.